

# iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 527

Mittwoch, 6. Februar 2013

20. Jahrgang

## Was tragen Mitglieder der Deutsch-Guatemaltekischen Auslandshandelskammer zum Umweltschutz bei? (Teil 2)

*Nachdem wir im letzten Heft zwei wirtschaftsliberale, aber mehr oder weniger grün denkenden Mitglieder der Deutsch-Guatemaltekischen Handelskammer (AHK) vorgestellt hatten, wollen wir uns in diesem Heft dem Koordinator des Ausschusses für Regenerative Energie dieses Gremiums, Claus Schieber, zuwenden – und damit der Frage, wie weit ökologische Energieversorgung in Guatemala praktiziert wird. Dabei werden auch Alternativen zu den Mega-Wasserkraftwerken, nämlich Micro-Kraftwerke in kommunaler Hand, vorgestellt werden, ebenso wie Wohnprojekte in Guatemala-Stadt, die auf regenerativer Energie aufbauen.*

### **Claus Schieber und die Solarenergie in Guatemala**

Claus Schieber ist Inhaber des Unternehmens Soluciones Energetica S.A. mit Sitz in Guatemala Stadt, das insbesondere Warmwasseranlagen auf solarer Basis, aber auch andere Technologien der regenerativen Energien vertreibt. Er koordiniert den Ausschuss für Regenerative Energien der AHK. In deren Nachrichtenblock Noticias Verde vom Herbst 2009 erklärt Schieber ausführlich, wie das in Guatemala funktioniert und wie die Bedingungen in Guatemala sind – und wie viel Geld eine Familie sparen könnte, wenn sie auf Sonnenenergie umsteigt. Während also Guatemala gute meteorologische Voraussetzungen für eine Energiewende hätte, sieht die Realität weiterhin anders aus: Nach Angaben des Energie- und Minenministeriums wird in Guatemala zwei Drittel des Stroms und der Elektrizität durch fossile Brennstoffe erzeugt, welche gleichzeitig hohe Kosten und Umweltschäden verursachen. Schieber geht davon aus, dass aufgrund der 350 Tage Sonnenschein im Jahr, 95 % des Warmwasserbedarfs problemlos über entsprechende Anlagen gedeckt werden könnten.

### Solarenergie in Guatemala

Gemäss Schiebers Angaben sei thermische Energie auf Solarbasis in Guatemala weitgehend unbekannt. Dabei hätte diese Technologie positive ökologische und ökonomische Vorteile. Er nennt das Beispiel einer Familie der städtischen Mittelschicht, die nach Installierung einer Warmwasseranlage auf Solarbasis erklärte, dass sie in drei Jahren die diesbezüglichen Investitionen in Höhe von 5.600 Quetzales (800 €) durch Einsparungen wieder eingespielt habe. In der Prensa-Libre-Ausgabe vom 5. Mai 2012 wird Schieber als Organisator der 2. Solarmesse vorgestellt. Diese fand vom 4. bis 6. Mai 2012 im Museum Miraflores, Zone 11 der Hauptstadt statt. Ein Dutzend Firmen präsentierten dort neue Nutzungsmöglichkeiten von Solarenergie in Guatemala.

### Solares Hauptstadtprojekt

In der zurückliegenden Silvester-Ausgabe der selben Zeitung wird ein Pilotprojekt der Hauptstadtverwaltung zur Förderung von Solarenergie präsentiert.

### **Inhalt**

<b>Was tragen Mitglieder der Deutsch-Guatemaltekischen Auslandshandelskammer zum Umweltschutz bei? (Teil 2).....</b>	<b>1</b>
<b>Ein historischer Schritt der Rechtsprechung in Guatemala.....</b>	<b>3</b>
<b>Neues aus San Juan Sacatepequ�ez: Der Brunnen von San Antonio Las Trojes I oder die erneute Diffamierung von Gemeinden, nationalen und internationalen Organisationen.....</b>	<b>4</b>
<b>Peréz Molina plädiert in der Schweiz für freien Zugang zu Drogen.....</b>	<b>6</b>
<b>Politisierung des Amtes der Verteidigerin der indigenen Frau.....</b>	<b>6</b>
<b>„Die FRG ist tot – es lebe die (guatemaltekische) PRI!“.....</b>	<b>7</b>

Die Initiative namens „Projekt zur Energieeffizienz in Wohngebieten“ möchte ein Entwicklungsprogramm für den sozialen Wohnungsbau starten und 10.000 Photovoltaik-Batterieplatten für 1.000 mittelständische und 400 ärmere Familien installieren, wobei die Sonnenbatterieplatten im Besitz der Stadt verbleiben. Auch 1.000 Strassenlaternen sollen solar betrieben werden. Was die Wohngebiete angeht, so sind die Zonen 7, 11 und 12 sowie 16 und 17 in der Planung. Die BewohnerInnen werden gerade befragt. Ein Problem ist noch die Frage, wer das zahlt, insbesondere in dem später geplanten Projekt für ärmere Familien. Das Projekt ist als Public-Private-Partnership konzipiert, d.h. in der Praxis – so sagt es der Projektkoordinator David Rosales –, dass Entwicklungsbanken und andere Finanziere oder auch Unternehmen gesucht werden, die Kredite bereitstellen. Im Jahre 2013 soll das Projekt, das auf dem Weltkongress „Smart Cities“ vorgestellt und prämiert wurde, mit 50 Familien begonnen werden.

Claus Schieber erklärte in dem Artikel in Noticias Verde, dass er das Projekt befürwortet. Allerdings reiche es nicht aus, die Solarzellen einfach aufzustellen, vielmehr müssen die BewohnerInnen auch in Energieeffizienz geschult werden. Denn eine eingesparte Kilowattstunde sei immer noch viel ökonomischer als die, die erzeugt wird, selbst wenn dies auf solarer Basis geschehe. Aber ist nicht auch dieses Problem ein Luxusproblem für jene, die über Elektrizität bereits verfügen, also für die Reichen? Sind nicht auch in dem Projekt zuerst die Mittelständler die Nutzniesser, während arme Familien erst in einem zweiten Schritt einbezogen werden?

Mérida Montenegro, Assistentin der Geschäftsführung des Unternehmens Desarrollos y Proyectos (Depro) sagte gegenüber der Prensa Libre, die Technologie der Photovoltaik sei ein Lösungsansatz gerade für die Elektrifizierung der ländlichen Regionen. Depro vertrete kleine Solarzellen mit einer Leistung von 60 Watt. Damit könne eine fünfköpfige Familie für fünf Stunden täglich vier fluoreszierende 11-Watt-Lampen oder eine 75-Watt-Glühlampe betreiben - bei einer durchschnittlichen Investition von 4.000 Quetzales (= 570 €). Der Generaldirektor der Nationalen Kommission für Elektrische Energie (CNEE), Sergio Velásquez, erklärte, dass solche kleinen Selbstversorgungsprojekte mit maximal 5 Megawatt derzeit ohne behördliche Genehmigungsverfahren durchgeführt werden könnten, abgesehen davon, dass die Energieversorger darüber informiert werden müssen. Welche anderen Möglichkeiten aber gibt es noch im ländlichen Raum?

#### Mikro-Wasserkraftwerke in Chajul

In einem Artikel der El Periodico im Frühjahr 2007 ist Schieber als technischer Verantwortlicher eines Projektes in Chel, San Gaspar Chajul, Department Quiché genannt, in dem eine kommunale Energiegenossenschaft dem gesamten Dorf Strom aus regenerativen Energien verschafft. Hier wurde offenbar das umgesetzt, was Ana Gabriela Platero als Dezentralisierung des Energiemarktes auf privatwirtschaftlicher Basis anpries. Allerdings mit dem grossen Unterschied, dass es sich hier um eine Genossenschaft handelt, die ihren Strom für die Selbstversorgung erzeugt und bei denen die Genossen ihren Anteil nicht mit Geld, sondern mit 80 Arbeitstagen (für gemeinnützige Arbeiten) 'bezahlen'. Dieses Projekt, angestossen von verschiedenen Entwicklungshilfeorganisationen (u.a. USAID, Green Empowerment, HIVOS, aber auch FONAPAZ), läuft erfolgreich in einer Region, in der auch privatwirtschaftlich organisierte Firmen Wasserkraftwerke (etwa im benachbarten Dorf Jun) betreiben, die nicht sauber sind und die nicht denen Service bieten, die in unmittelbarer Nähe wohnen (siehe mimundo.org).

#### Fazit

An dieser Stelle müsste nun die Politik zum Einsatz kommen, um die Projekte der Elektrifizierung zu genehmigen. Allerdings müssten dann auch die Prioritäten geklärt sein: unterstützt und schützt man die Interessen von Konzernen und Unternehmen oder die Interessen der BewohnerInnen? Bisher fördert der Staat vorzugsweise die grossen Projekte, während die kleinen Projekte weitgehend ausländischen Hilfsorganisationen überlassen bleiben. Für den Staat heisst das, sie können mit relativ geringem Aufwand (z.B. Mitteln des FONAPAZ) solche Vorzeigeprojekte für die internationale Gemeinschaft vorzeigen, und gleichzeitig ihre Klientelpolitik für die Eliten fortsetzen.

Menschen wie Claus Schieber stehen ein wenig zwischen diesen Polen. Sie haben als Unternehmer wirtschaftliche Interessen und können diese in der Regel eher bei der Mittel- und Oberschicht bedienen, die sich grössere Häuser und entsprechende Technologie auch leisten können. Andererseits aber machen sie eine positive Lobbyarbeit für eine solare bzw. regenerative Energieversorgung in Guatemala, organisieren Umweltmessen und treten in der Öffentlichkeit als ExpertInnen auf. Als aktive Mitglieder der Deutsch-Guatemalteckischen Handelskammer und deren Ausschuss für Regenerative Energie steht Schieber (wie auch andere) in einem engen Kontakt zu der in Deutschland unzweifelhaft vorhandenen politischen und technologischen Umwelt-Expertise. Sie können damit potentiell etwas in Guatemala bewirken. Dabei ist es jedoch notwendig, den Blick von der (dünnen) Mittel- und Oberschicht auf die Mehrheit der Bevölkerung zu richten. Das ist ein schwieriger, aber notwendiger Balanceakt. (SB)

## Ein historischer Schritt der Rechtsprechung in Guatemala

**Guatemala Stadt, 28. Jan.** Den ehemaligen guatemalteckischen Diktator Ríos Montt, inzwischen 86 Jahre alt, und seinen Direktor des militärischen Geheimdienstes Rodríguez Sánchez, 67 Jahre alt, holt die Rechtsprechung ein, mehr als 30 Jahre nach den Taten und mehr als zehn Jahre nach der Anzeige. Die Staatsanwaltschaft ordnet am 28. Januar 2013 an, die Verhandlungen gegen Ríos Montt und Rodríguez Sánchez wegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu eröffnen. Ríos Montt wird vorgeworfen, 15 Massaker in der Ixil Region angeordnet zu haben, bei denen 1.771 Ixil Maya umgebracht wurden. Nach den Massakern flüchteten 29.000 Menschen in die Berge, wo sie unter unmenschlichen Bedingungen zu überleben versuchten.

Rodríguez Sánchez wird die Umsetzung der operativen militärischen Pläne vorgeworfen (Plan Sofia, Plan Firmeza 83, Plan Ixil), die die „Politik der verbrannten Erde“ in die Tat umsetzten, und eines der Beweismittel im Genozidprozess sind, um die Intention der Vernichtung einer ethnischen Gruppe zu untermauern. (Diese Intention ist Bestandteil der Definition des Völkermordes). Die Diktatur von Ríos Montt war laut UN Wahrheitsbericht eine der schlimmsten Zeiten des 36jährigen Bürgerkrieges. Es fanden mehr als 250 Massaker an der indigenen Bevölkerung statt, mehr als 25.000 Menschen starben. Es ist der erste Fall mit der Anklage Genozid gegen einen hochrangigen Militär und Teil seiner engsten Führungsriege. Ríos Montt ist der erste zentralamerikanische Diktator, der sich vor Gericht für die Delikte Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verantworten muss.

Bis Anfang 2012 schaffte es Ríos Montt der Rechtsprechung für die angeordneten Gräueltaten während seiner 17-monatigen Diktatur (März 1982 bis August 83) zu entgehen: Mehr als 14 Jahre lang (bis Anfang 2012) war Ríos Montt Kongressabgeordneter für die FRG, seiner eigenen Partei, die er 1989 gründete. 2003 setzte er ausserdem beim Verfassungsgericht durch, dass er für Präsidentschaft kandidieren konnte, obwohl dies Putschisten ausdrücklich verboten ist. Der höchste spanische Gerichtshof, die nationale Audienz, hatte bereits vergeblich versucht nach der Anklage der Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú im Jahr 2000 wegen des Brandes der spanischen Botschaft und wegen Genozid, die geistigen Urheber zur Rechenschaft zu ziehen, darunter auch Ríos Montt. Doch das Verfassungsgericht entschied 2007, dass das spanische Gericht keine Kompetenz in Guatemala habe; und die internationalen Haftbefehle wurden nicht ausgeführt. Der heutige Beschluss von einem nationalen Gericht den Gerichtsprozess gegen den Ex-Diktator zu eröffnen, ist somit von transzendentaler Bedeutung und ein wichtiges Signal, nicht nur für die guatemalteckische Gesellschaft und die Überlebenden. (Maren Kraushaar, Koordinatorin von Acompañamiento de Austria (ADA)/ACOGUATE)

### Stimmen von MenschenrechtsaktivistInnen zu der Entscheidung

In einer gemeinsamen Erklärung der Vereinigung für Gerechtigkeit und Versöhnung (AJR) und dem Menschenrechtszentrum für rechtliche Aktionen (CALDH), die die NebenklägerInnen vertreten, wird die Entscheidung des Richters Miguel Angel Gálvez, das mündliche und öffentliche Verfahren gegen Ríos Montt und General José Mauricio Rodríguez Sánchez zu eröffnen, als „historischer Moment“ für die guatemalteckische Gesellschaft bezeichnet. Damit seien die Blockaden durch 75 Rechtsmittel (u.a. Einsprüche, Vorwurf der Parteilichkeit der Richter), aus dem rechtlichen Weg geräumt. Allerdings weisen sie darauf hin, dass die Entscheidung noch nicht rechtsgültig ist, sondern durch weitere Instanzen geführt werden könnte. Dennoch sprechen sie davon, dass dieser Beschluss eine „Nachricht der Hoffnung für die Rechtsprechung“ und „ein Signal an die materiellen und geistigen Urheber der schweren Menschenrechtsverletzungen und des Genozids“ sei, „dass Völkermord, aussergerichtliche Hinrichtungen, gewaltsames Verschwindenlassen, sexuelle Gewalt, Folter und die Massaker, neben anderen Rechtsverletzungen, nicht mehr ungestraft bleiben.“ Damit würde der Weg zu einer Vergangenheitsaufarbeitung, der Wahrheit und der Gerechtigkeit fortgeführt und hoffentlich zu einem Urteilsspruch führen.

Auch die Menschenrechtsaktivistin Idivina Hernández, erklärte, dass Guatemala nun positive Schritte gegangen sei, um zu einem solchen Urteil zu kommen. Es gebe Licht am Ende des Tunnels der Straffreiheit.

Der Leiter des Menschenrechtsbüros der Erzdiözese von Guatemala Stadt, Nery Rodenas, forderte Schutzmassnahmen für die ZeugInnen, die StaatsanwältInnen und AnwältInnen der NebenklägerInnen sowie dem Richter, da diese Opfer von Bedrohungen sein können.

### Stimmen der Medien

Im Editorial von Prensa Libre wird davon gesprochen, dass die Entscheidung positiv sei, unabhängig davon, was am Ende dabei herauskomme. Beide Anwaltschaften müssten klären, ob es sich bei den Massakern im Ixil an einer mehrheitlich indigenen Bevölkerung um einen Genozid handelt und ob die Regierung davon gewusst habe. Dabei müsse der Richter Werte wie die Achtung der Menschenrechte beachten, die unabhängig von Ideologien oder der Realität einer kriegerischen Auseinandersetzung Bestand hätten. Zugleich aber weisen die AutorInnen des Editorials darauf hin, dass

das Ixil eine Region sei, in der es schon immer, seit den Zeiten der Conquista, Auseinandersetzungen gegeben habe. Aber die Verbrechen hätten auf der anderen Seite ein solches Übermass angenommen, dass es nicht erlaubt sein dürfe, sie als verjährt anzusehen und damit die Erinnerung an die Toten und die Überlebenden zu verletzen, eine Position, wie sie von den Geheimdiensten der Israelis in Bezug auf die Naziverbrecher eingenommen worden sei. Das Urteil in diesem Prozess werde geteiltes Echo haben, dass es überhaupt gefällt wird, sei im Moment das Positive.

Claudia Navas Dangel, Kolumnistin der La Hora, schreibt, dass die Nachricht von der Prozesseröffnung gegen Efraín Ríos Montt sie mit Freude erfüllt habe. Sie hoffe, dass er ein gerechtes Urteil erhalte, dass dessen Verurteilung ein Justizsystem zeige, dass jene verurteilt, die jemanden töten oder ihnen etwas rauben – wie es Ríos Montt auch getan habe – nämlich die Träume und das Glück jener Menschen, die um die Toten trauern.

Besonders abstossend, aber vermutlich nahe an des Volkes Meinung, ist die Kolumne von W. Javier Zepeda in siglo21, der kategorisch behauptet, dass es keinen Genozid im juristischen Sinne des Wortes gegeben habe, und – statt sich zumindest mit den Verbrechen, die unter Ríos Montt unbestreitbar begangen wurden, zu beschäftigen, nach den Untaten der Guerillas fragt. Die Entscheidung sei ein Sieg der Guerillakämpfer. Weiter schreibt Zepeda: „Diese Entscheidung wird die Teilung der Gesellschaft, Produkt des bewaffneten Konflikts, weiter vertiefen. Es wird neue Banden geben statt Stätten des Friedens und der Versöhnung zu gründen. Das ist genau das, was die Guerilleros wollen. Ich sage nicht ex-Guerilleros, weil sie niemals aufgehört haben, welche zu sein. Der einzige Unterschied ist, dass wir heute wissen, wer sie sind, wir sehen sie verschanzt hinter NROn, BäuerInnenorganisationen, Gewerkschaften und Medien. Wir haben es noch nicht bemerkt, aber dieses Urteil zerstört uns als Land, zerteilt uns als Volk und wird jenen zum Sieg verhelfen, die in der Illusion leben, den Konflikt weiterzuführen. Die Militärs und Guerilleros abzuurteilen hilft nicht den Opfern und repariert nicht die Schäden. Was wir wollen ist Frieden, Gerechtigkeit und Versöhnung, also seien wir stark.“

Irmalicia Velázquez Nimatuj hingegen schreibt in „El Periodico“, dass die Entscheidung von Gálvez historisch sei und ein Sieg für das Volk der Ixil, für ihr langjähriges Bemühen um Gerechtigkeit, das sie gemeinsam mit SoziologInnen, PsychologInnen, JuristInnen, ForensikerInnen und MenschenrechtsaktivistInnen zu einem ersten Erfolg gebracht haben. Zugleich aber bezöge sich dieser erste Sieg nur auf die Ixil, nicht aber auf die K'iche', Q'eqchi', Kaqchiquel, Popti' und all die anderen indigenen Völker, die in jener Zeit ermordet wurden. (SB)

Und ein kleiner Hinweis noch. Wer bisher noch keine Gelegenheit hatte, den Film *Granito* zusehen, kann dies jetzt auf spanisch oder englisch hier nachholen: <http://tinyurl.com/akg7j8r> und <http://www.facebook.com/1/OAQHefwIU/tinyurl.com/akg7j8r>.

## **Neues aus San Juan Sacatepequ ez: Der Brunnen von San Antonio Las Trojes I oder die erneute Diffamierung von Gemeinden, nationalen und internationalen Organisationen**

**Guatemala, 2. Feb.** Der Bau eines Brunnens in der Gemeinde San Antonio Las Trojes I sorgt seit einiger Zeit für Unruhe in San Juan Sacatepequ ez (SJS). Allerdings hat auch dieser Konflikt seine tieferen Ursachen in dem seit 2007 herrschenden Klima von Aggressionen und Unsicherheit in SJS, das mit dem Bau einer Zementfabrik zusammenhängt und dem Widerstand gegen dieses Projekt durch 12 Gemeinden. Der „Brunnen-Konflikt“ eskalierte nun am 24. Januar auf medialer und juristischer Ebene.

Der Brunnen wird in einem Gebiet gebaut, in dem Wasser rar ist. Allerdings seien diejenigen, die davon profitieren, Arbeiter des Zementunternehmens Cementos Progreso, so Daniel Pascual, Koordinator des Komitees Bäuerlicher Einheit (CUC). Obwohl Cementos Progreso direkt nichts mit dem Brunnen zu tun hat, soll dieser doch eine Art Pr emie für die Arbeiter der Fabrik sein, berichtet Daniel Pascual in einem Radiointerview ([http://www.ivoox.com/daniel-pascual-reacciona-ante-senalamientos-su-contra-audios-mp3\\_rf\\_1756697\\_1.html](http://www.ivoox.com/daniel-pascual-reacciona-ante-senalamientos-su-contra-audios-mp3_rf_1756697_1.html)). Cementos Progreso habe bei der Projekterstellung geholfen. Der Brunnen werde vom Entwicklungsrat des Departments (CODEDE) finanziert, obwohl 90% der Bevölkerung gegen das Projekt sei, sagt Pascual. Gründe für den Unwillen der AnwohnerInnen seien neben der Bevorzugung der Arbeiter von Cementos Progreso auch die Tatsache, dass der Gemeindeentwicklungsrat, der das Projekt zusammen mit dem Stadtrat vorantreibt, nicht durch die Gemeinden gewählt wurde, sondern ihnen von der ehemaligen Bürgermeisterin mehr oder weniger aufgedrückt wurde. Es sei klar, so der CUC-Koordinator, dass Cementos Progreso dieses Projekt nutze, um die Gemeinden weiter zu spalten und so ihren Widerstand zu schwächen.

Geschehnisse am 24. Januar 2013

Aus diesem Grund wurden die Zugangsstrassen zu der Gemeinde San Antonio Las Trojes I gesperrt. Wer die Blockaden errichtet hat, hängt davon ab, wen man fragt. Laut Bürgermeister seien es Daniel Pascual und das CUC sowie die Begleitorganisation Peace Brigades International (pbi). Fakt ist, dass Daniel Pascual und auch Mitglieder von pbi am 24. Januar in die Gemeinde fuhren. Der erste, weil er darum von Gemeindeangehörigen aus SJS gebeten wurde und versuchte zu vermitteln. Die zweiten in ihrer Aufgabe als internationale BeobachterInnen, angefragt durch Gemeindemitglieder. Pbi begleitet seit 2008 die 12 Gemeinden im Widerstand gegen die Zementfabrik. Erst kürzlich veröffentlichten sie eine Studie über die Konfliktsituation in SJS und was daraus zu lernen sei (siehe [http://www.pbi-guatemala.org/fileadmin/user\\_files/projects/guatemala/files/spanish/PBI\\_Informe\\_caso\\_SJS.pdf](http://www.pbi-guatemala.org/fileadmin/user_files/projects/guatemala/files/spanish/PBI_Informe_caso_SJS.pdf)).

Vor Ort wurde Daniel Pascual von drei Männern gefragt, warum er sich gegen das Wasserprojekt stelle. Pascual antwortete nur, dass er gekommen sei, um seine Solidarität auszudrücken. Daraufhin bedrohten die drei ihn mit dem Tode, wenn er noch einmal herkommen sollte. Auch wurde er mit einer Machete bedroht. Sein Auto, das an einer Sperre gestoppt worden war, fing den Schlag ab. Der Angriff wurde von Daniel Pascual angezeigt. Pascual gab in der Presse an, dass dies nur ein weiterer Gewaltakt in San Juan Sacatepéquez gewesen sei. Die Hauptrisiken lägen aber bei den Gemeinden. Die Leute, die ihn angegriffen haben, seien die gleichen, die vor zwei Jahren Personal des Büros des Menschenrechtsombudsmanns (PDH) festhielten. Pascual bezichtigt ausserdem Cementos Progreso, eine bewaffnete Gruppe zu beschäftigen, die für Unruhen sorgt und für die Gewalt in SJS verantwortlich sei.

Auch Teile der Kaqchiquel-Gemeinden unterstützen Daniel Pascual und sind über das Bestehen einer illegalen Gruppe beunruhigt. Diese Gruppe sei für die Unruhen verantwortlich und handele zusammen mit dem Bürgermeister Fernando Bracamontes Márquez. Die Gruppe habe erpresst, bedroht, Gemeindemitglieder angegriffen und Autobusse in Brand gesteckt. Taten, die bei der Staatsanwaltschaft angezeigt worden sind. Seit längerem gäbe es Versuche, eine Gemeindeabstimmung bezüglich des Brunnens zu organisieren. Dem habe aber der Bürgermeister nicht stattgegeben. Auch an jenem 24. Januar wollten besagte Gemeinden noch einmal mit der Stadt reden, wurden aber nicht empfangen. Und als sie zu ihren Gemeinden zurückkehren wollten, fanden sie die Strasse gesperrt vor – durch Arbeiter der Zementfabrik. Der Angriff auf den CUC-Direktor war damit aber nicht beendet.

Zeitungsanzeige gegen CUC und pbi vom 31. Januar 2013

Am 31. Januar veröffentlichte der Stadtrat von SJS eine einseitige Anzeige in der Zeitung elPeriodico (siehe auch Webseite der Stadt SJS <http://munisanjuansac.org/>) und diffamierte und kriminalisierte Daniel Pascual und pbi – eine Strategie, die auch schon letztes Jahr in SJS und in anderen Fällen von Menschenrechtsverletzungen angewandt wurde. Allein die Überschrift lässt aufmerken: „CUC und pbi erzeugen Chaos und Unregierbarkeit in San Antonio Las Trojes I, SJS“. Im Text wird erklärt, dass die beiden Organisationen den Bau des Brunnens und die Maschinerie blockierten. Sie würden „Angst und Terror verbreiten, weshalb Schulen und Gesundheitszentren geschlossen wurden. (...) Es herrscht Anarchie, Unregierbarkeit und Angst aufgrund der Drohungen, die von den Anführern ausgingen. (...) Dementsprechend sind Daniel Pascual und pbi für alle Gewalttaten, Vandalismus, Terrorismus, Konfrontationen und Spaltungen in den Gemeinden verantwortlich“, so die Pressemitteilung. Weiterhin sei der Angriff auf Pascual erlogen. Explizit werden das CUC und pbi aufgefordert, doch keine terroristischen Aktivitäten mehr in SJS zu unterstützen oder gar hin zukommen. Warum sollte aber das CUC oder pbi Strassen blockieren oder anderweitig Konflikte verursachen?

Das CUC kämpft seit 35 Jahren gegen soziale Ungerechtigkeiten und für das Wohl der armen, v.a. indigenen Bevölkerung – und wurde hierfür ebenso lange verfolgt und kriminalisiert. Die Friedensbrigaden begleiten seit 30 Jahren in Guatemala bedrohte MenschenrechtsverteidigerInnen nach den Prinzipien der Nichteinmischung, Neutralität und Gewaltfreiheit ([www.pbi-guatemala.org](http://www.pbi-guatemala.org)). Vielleicht sollte man vielmehr hinterfragen, wem es nützt, wenn weder pbi begleitend schützt noch das CUC oder andere soziale Organisationen sich mit den 12 Gemeinden solidarisieren. Oder wenn indigene und BäuerInnen-Dirigenten wie Daniel Pascual als Terroristen abgestempelt werden?

Auf die allgemeine politische Lage in Guatemala bezogen ist dieser Zwischenfall ein weiteres Glied in einer Kette von Versuchen, die Handlungsräume für nationale und internationale Organisationen, die auf Seiten der Menschenrechte stehen, einzuschränken. (CEG, verschiedene Webseiten, im Text zitiert).

## Peréz Molina plädiert in der Schweiz für freien Zugang zu Drogen

**Schweiz, 25. Januar.** In der letzten Januarwoche fand wieder einmal das alljährliche Weltwirtschaftsforum im Schweizer Davos statt. Auch Präsident Otto Peréz Molina reiste dazu an und sprach sich erneut öffentlich für eine neue Art der Drogenpolitik aus, vor allem über die Möglichkeit, den Opiumanbau zu erlauben und die Drogen gesetzlich zu regeln. Er schlug ausserdem vor, noch dieses Jahr ein Treffen in Guatemala auf hohem politischen Niveau zu organisieren, um das Thema zu besprechen.

Eines der Argumente von Peréz Molina ist, dass das einzige Abkommen über Betäubungsmittel der UNO über 50 Jahre alt sei und das Thema von Seiten der Prohibitionspolitik aufgreife. In der Zeit, als aber wirklich diese Politiken angewandt wurden, waren die Gefängnisse überfüllt und die Drogenkartelle erweiterten ihre Produktion, den Verkauf und den Konsum. „Und 50 Jahre später sehen wir, wie die Kartelle des Narco-Menschenhandels weiter wachsen und einen der profitabelsten Märkte der Welt darstellen“, so Peréz Molina. Der Präsident ist weiterhin überzeugt, dass eine Drogenpolitik, die den Betäubungsmittelzugang legalisiert, die Mord- und Verbrechensrate zumindest in Guatemala um die Hälfte verringern wird. Und auch wirtschaftliche Aspekte seien wichtig, denn gerade diese Gewalt schreckte viele ausländische Investoren ab. Zur Zeit seien diejenigen, die von den Drogen verdienen, die Drogenkartelle, die in den „reichen Ländern“ die Konsumenten bedienen, dabei aber Krieg, Zerstörung und Kriminalität in die produzierenden und Transitländern bringen.

Peréz Molina ist sich ebenso bewusst, dass eine Legalisierung von Drogen ebenfalls von Bildungs-, Gesundheits- und Präventionsprogrammen begleitet werden muss. Ausserdem müsse jede Art von Betäubungsmittel seine eigene Behandlungsmethode erhalten. Auch spräche man nicht von einer vollständigen Liberalisierung, sondern davon, verschiedene Substanzen für die Drogenherstellung zu regulieren. Seine Regierung denkt zum Beispiel gerade daran, im Norden des Landes den Opiumanbau zu legalisieren, allerdings nicht für die Drogenproduktion.

Natürlich bleiben da auch die Kritiken nicht aus. Laut Sandino Asturias vom Studienzentrum Guatemala (CEG) sei es wichtig, dass der Präsident erst einmal seine eigene Politik überdenken solle, bevor er die internationale Drogenpolitik ändere. Denn er plane die Armee und die Spezialeinheit Kaibiles für den Kampf gegen die Drogen einzusetzen. Vielmehr müsse man auf die Gründe eingehen, warum man Drogen und keine Nahrungsmittelpflanzen anbaue und über die gesundheitlich Folgen von Drogenkonsum informieren.

Neben der Frage der Drogenpolitik reiste Peréz Molina aber auch aus wirtschaftlichen Gründen in die Schweiz. Er traf sich mit verschiedenen Unternehmern, u.a. Peter Brabek Letmathe, dem CEO von Nestlé, einer Firma, die eventuell in Guatemala im Bereich Kaffee investieren wird.

(CEG, <http://de.500finance.com/page/perez-molina-se-estan-rompiendo-los-tabues-en-el-debate-sobre-las-drogas.html>)

## Politisierung des Amtes der Verteidigerin der indigenen Frau

**Guatemala, 28. Jan.** Ein erneutes Regierungsabkommen hat nun einen weiteren Sektor der Gesellschaft getroffen, den der indigenen Frauen. Das Abkommen hat nämlich die Entscheidung über die Wahl der Direktorin der Defensoria der indigenen Frau (DEMI) komplett in die Hände der Regierung gelegt.

Die DEMI ist ursprünglich das Ergebnis des Kampfes von Frauen um ihre Rechte und wurde in den Friedensabkommen, genauer gesagt, im „Abkommen über die Identität der Rechte der Indigenen Völker“ verankert. Ziel der DEMI, die 1999 gegründet wurde, ist es die Rechte der indigenen Frauen zu schützen und Formen von Gewalt und Diskriminierung einzudämmen. Sie arbeitet sowohl mit Regierungs- und Nichtregierungsinstanzen zusammen, um öffentliche Politiken und Programme zu entwickeln. Gleichzeitig nimmt sie Anzeigen von indigenen Frauen auf, die Opfer von Gewalt oder Diskriminierung geworden waren.

Nun aber die Art der Wahl der Repräsentantin zu ändern, widerspricht allen Bemühungen, die Institution unabhängig zu belassen. Damit, so Cleotilde Cu Caal, nunmehr ehemalige Vorsitzende der DEMI, wird die Wahl politisiert. Die vergangenen drei Regierungen hatten diese Unabhängigkeit immer respektiert. Das Regierungsabkommen sei vollkommen überraschend gekommen, denn es wurde vorher niemand befragt oder darüber informiert. Laut Cu Caal ist es nun möglich, dass die Repräsentantin nicht mehr aufgrund eines Vorschlages der Zivilgesellschaft gewählt wird. Und eben deshalb verwandelt sich die Wahl in ein politisches Debakel. Im gleichen Atemzug wird damit das Recht auf Mitbestimmung der indigenen Frauen verhindert – schon jetzt ist ihre Teilhabe und Präsenz in wichtigen Führungspositionen gleich Null. Für die DEMI selbst bedeutet es eine Schwächung.

Schon seit dem letzten Jahr hatten Frauenorganisationen an einer Vorschlagsliste mit drei Kandidatinnen gearbeitet, aber nie eine Antwort von der Regierung bekommen. Es kam deswegen sogar zu einer Anzeige bei der PDH. Trotz al-

lem bestand die Hoffnung, dass der Präsident eine von den drei vorgeschlagenen Kandidatinnen ernennen würde, oder zumindest jemanden, der ebenso politisch unabhängig wäre und die Vision der der Zivilgesellschaft teile. Man befürchtet, dass sonst die integrale Vision fehlen und somit viele Sektoren unbeachtet bleiben.

Am 28. Januar wurde die neue Direktorin bekannt gegeben: Gloria Laynes, Abgeordnetenkandidatin der Regierungspartei PP. Damit, so Norma Sacti von der Nationalen Koordination von indigenen Garifuna- und Xinca-Organisationen, war es eine einseitige Entscheidung, in der nicht alle indigenen Sektoren teilgenommen haben. Sie war nicht Teil der drei vorgeschlagenen Kandidatinnen.

### **„Die FRG ist tot – es lebe die (guatemaltekeische) PRI!“**

**Guatemala, 28. Jan.** Bei der letzten Versammlung der Guatemaltekeischen Republikanischen Front (FRG), bei der ihr Gründer Efraín Ríos Montt und dessen Tochter Zury nicht anwesend waren, wurde der Partei der Todesstoss versetzt. Nicht um das Kapitel zu beenden, sondern um sie unter dem neuen Namen Institutionelle Republikanische Partei (PRI) wieder zu beleben. Eine „Aktualisierung“ der 1990 gegründeten Partei, so Luis Fernando Pérez Martínez, gewählter Generalsekretär von PRI. Er ist auch der einzige, der es schaffte mit der FRG Abgeordneter im Kongress zu werden. Zu mehr reichten die 253.308 Wahlstimmen nicht. Zu der Abwesenheit aller wichtigen Gründungsmitglieder der FRG oder von Zury Ríos sagte Martínez nur, dass sie eingeladen waren, Ríos Montt jedoch unter Hausarrest stehe. Martínez begann in der FRG-Jugend und übernahm 2010 die Führung und erneuerte die Partei. Tatsächlich hat die neue Partei – abgesehen von den Nationalfarben – die Embleme und Symbole der langjährigen (und jüngst wiedergewählten) mexikanischen Regierungspartei der Institutionelle Revolution übernommen.

#### **¡Fijáte!**

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

#### **Redaktion:**

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

#### **Herausgeber:**

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

#### **Abo-Verwaltung:** [fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

#### **Abo in der Schweiz:**

Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6